

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	13.09.2021

Beantwortung einer mündl. Anfrage zum Projekt: (Post)koloniales Erbe der Stadt Köln

In der Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern am 21.06.2021 hat Willi Harz (sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der GRÜNEN Fraktion) folgende mündliche Nachfragen zum Prozess zur Aufarbeitung des (Post)kolonialen Erbes der Stadt Köln gestellt:

„...**Willi Harz** begrüßt, dass die Stadt Köln sich mit der Kolonial-Geschichte auseinandersetzt und den Einsatz eines Gremiums mit Expert*innen plant. **Willi Harz** fragt, wie das Gremium besetzt wird und wie darüber entschieden wird. Gibt es eine Beteiligungsmöglichkeit zur Besetzung? An welchem Punkt soll die Beratungsfunktion des Gremiums ansetzen? Zum Beispiel bei der Umgestaltung der Richtlinien zur Benennung von Straßen oder erst bei der konkreten Umbenennungsprozessen?“

Die Verwaltung dankt für die mündliche Anfrage und nimmt wie folgt Stellung.

Der durch die Verwaltung angestrebte Prozess berücksichtigt den breiten gesellschaftlichen Kontext des Themas. Um die Vielzahl der Akteure einzubeziehen, die sich in Zivilgesellschaft, Institutionen und Politik mit der Aufarbeitung der Kolonialzeit in Köln beschäftigen, soll es im Verlauf des Prozesses verschiedene Beteiligungsformate geben, die zur Auseinandersetzung mit dem Thema aufrufen sowie Partizipation am und Mitgestaltung des Prozesses sicherstellen. Somit soll das Thema in der Gesellschaft verankert und die historischen und aktuellen gesellschaftlichen Auswirkungen und Bezüge eingeordnet werden.

Das beschriebene Gremium von Expert*innen soll eine beratende Funktion für die Stadtverwaltung im Umgang mit der Aufarbeitung des kolonialen Erbes der Stadt Köln haben. In diesem Sinne soll es thematische und inhaltliche Schwerpunkte setzen können, die innerhalb des Projektes vertieft betrachtet werden sollen. Darüber hinaus sollen die Mitglieder einen Maßnahmenkatalog zum Umgang mit dem (post)kolonialen Erbe erstellen, der durch den Rat der Stadt Köln beschlossen werden soll. Sicherlich werden Themen, wie u.a. der Umgang mit (post)kolonialen Gedenken im Stadtbild eine Rolle spielen. Ziel ist es jedoch, dem breiten gesellschaftlichen Kontext des Themas gerecht zu werden. Im Vordergrund stehen daher Maßnahmen und Empfehlungen, die den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zum Umgang mit Kölns (post)kolonialem Erbe behandeln, eine gesamtstädtische Positionierung zum Thema erlauben und eine gemeinsame Geschichtsschreibung ermöglichen.

In seinen Beratungen und Überlegungen nimmt das Gremium Vorschläge aus Stadtgesellschaft und Politik auf, die in öffentlichen Veranstaltungen formuliert werden können. Den Expert*innen obliegt es, diese Vorschläge fachlich und inhaltlich zu beurteilen und anschließend ggf. in geeignete Maßnahmen des zu erstellenden Maßnahmenkatalogs zu überführen.

In seiner Zusammenstellung soll das Gremium überparteilich und konfessionell ungebunden sein. Die Mitglieder werden aufgrund ihrer Expertise vorgeschlagen. Die Berufung der ersten Mitglieder des Gremiums erfolgt auf Basis von Vorschlägen und Empfehlungen von Vertreter*innen der Communi-

ties und Initiativen des (post)kolonialen Diskurses durch die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln. Das Gremium soll mehrheitlich mit Expert*innen besetzt sein, die einen fachlichen und/oder biographischen Hintergrund zu Ländern, Regionen und Gesellschaften in Afrika, Asien/Ozeanien und des amerikanischen Doppelkontinents besitzen. Das Gremium wird interdisziplinär mit Menschen besetzt, die über Expertise in Fragen der Kolonialgeschichte, postkolonialen Theorien, Politik-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaft, Migrationsforschung, Gender-Studies, Rassismus- und Diskriminierungsarbeit oder -erfahrung verfügen und sich in ihrer Arbeit aktiv mit der Dekolonisation der Gesellschaft auseinandersetzen.

Die Geschäftsführung des Gremiums obliegt der Stelle zum Abbau und Prävention von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung (IDA) im Amt für Integration und Vielfalt, Abteilung Vielfalt. Vorschläge zur Besetzung des Gremiums können gegenüber der Geschäftsführung des Gremiums gemacht werden und müssen mit den genannten Kriterien übereinstimmen.

Der Prozess zur Prüfung kritischer Straßennamen liegt in der Federführung des Amtes für Liegenschaften, Vermessung und Kataster. Dieser Prozess befindet sich derzeit in der Ausarbeitung, beteiligt allerdings ein anders zusammengesetztes Gremium als im vom Amt für Integration und Vielfalt gestalteten Prozess. Die beiden Perspektiven und Zuständigkeiten werden selbstverständlich im Wege der ämterübergreifenden Zusammenarbeit abgestimmt.

Gez. Reker